

Antrag 79/II/2023**UBV Dahme-Spreewald, Jusos Brandenburg****Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Leben retten ist kein Verbrechen**

1 Die SPD Brandenburg lehnt die vorgeschlagenen Än-
2 derungen des § 96 des Aufenthaltsgesetzes, wel-
3 che die rechtliche Grundlage dafür legt, die private
4 Seenotrettung unter Strafe zu stellen, entschieden
5 ab. Wir fordern die SPD-geführte brandenburgische
6 Landesregierung sowie die Landesgruppe Branden-
7 burg der SPD-Bundestagsfraktion auf, sich auf Bun-
8 desebene gegen diesen Gesetzentwurf zu engagie-
9 ren und für eine menschenrechtliche und solidari-
10 sche Flüchtlingspolitik einzusetzen. Dies entspricht
11 auch den im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition
12 festgehaltenen Grundsätzen: „Es ist eine zivilisato-
13 rische und rechtliche Verpflichtung, Menschen nicht
14 ertrinken zu lassen. Die zivile Seenotrettung darf
15 nicht behindert werden.“

16

Begründung

18 Der Gesetzentwurf steht im klaren Widerspruch zu
19 den sozialdemokratischen Kernwerten der Solidari-
20 tät, Menschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit. Die
21 Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung verstößt
22 gegen unsere humanitären Pflichten. Als Sozialde-
23 mokraten sind wir verpflichtet, Menschen in Not zu
24 helfen und ihnen Schutz zu gewähren.

25 Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen bedro-
26 hen nicht nur das Leben der Schutzsuchenden, son-
27 dern unterminieren auch die Werte, die wir als SPD
28 vertreten. Die Seenotrettung im Mittelmeer muss
29 humanitär und durch internationale Kooperation
30 angegangen werden. Die Bestrafung privater See-
31 notrettungsorganisationen widerspricht dem Geist
32 der Solidarität und unserer gesellschaftlichen Ver-
33 antwortung.

34 Die Sozialdemokratie hat sich stets für die Einhal-
35 tung der Menschenrechte und Menschenwürde ein-
36 gesetzt. Diese Prinzipien sind jedoch durch den ak-
37 tuellen Gesetzentwurf gefährdet.

38 Als SPD liegt es in unserer Verantwortung, uns deut-
39 lich gegen diese Änderung im Aufenthaltsrecht zu
40 positionieren. Wir appellieren an die SPD-geführte
41 Landesregierung Brandenburgs, sich gegen diese
42 Gesetzesreform zu stellen und sich auf Bundesebe-

- 43 ne für eine humane, solidarische und menschen-
- 44 rechtskonforme Flüchtlingspolitik einzusetzen.